

Vortrag

*„Wir sind alt, und ihr seid jung!“ von Dr. Rainer Fretschner,
Professor für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit an der
Alice-Salomon Hochschule Berlin*

Danke für die freundliche Einladung und für die freundliche Begrüßung! Ich freue mich, dass ich wieder hier in Kiel sein darf. Ich bin jetzt seit fünf Jahren in Berlin, und mir fehlt Kiel schon ein wenig. Es ist ein bisschen gemütlicher hier und ein bisschen langsamer, was mir ganz gut gefällt. Also herzlichen Dank für die Einladung.

Meine Fachbereiche sind demografischer Wandel, soziale Gerontologie und Alter mit dem Schwerpunkt Generationenbeziehungen. Die Generationenfrage ist eine, die immer heimlich mitverhandelt wird. Wenn es um Klimawandel geht, reden alle über Ökologie, über Nachhaltigkeit, aber darin ist auch ein Generationenthema versteckt, das mitverhandelt wird – ob man es will oder nicht, ob man es weiß oder nicht. Wenn über Rechtspopulismus und Rechtsruck debattiert wird, ist ein Generationenthema mitverhandelt – ob man es will oder nicht. Und das macht das Thema „Generationenbeziehungen“, „Generationenverhältnisse“, „Generationenvertrag“ für Gerontologen und Gerontologinnen so spannend.

Ich wurde gebeten, etwas zum Thema „Wir sind alt, und ihr seid jung“ zu sagen, und mir lagen auch Ihre Anträge vor, die Sie heute verhandeln. Ich versuche, Ihnen mit meinem Vortrag einen Rahmen zu geben.

Corona ist im letzten halben Jahr natürlich ein Thema für die Gerontologie und für die Pflegewissenschaft gewesen, und die Gerontologie hat das als Ausnahmezustand wahrgenommen und wertgeschätzt – so pervers das sein mag. Denn man hat wie unter dem Brennglas gesehen, was normal ist, wie wir unsere Normalität konstruieren und was nicht mehr normal ist, wenn so was wie Corona auftaucht. Man konnte unterm Brennglas plötzlich sehen, was Systemrelevanz bedeutet. Systemrelevant waren ganz andere Berufe, ganz andere Disziplinen und Professionen. Und plötzlich war das, was die Pflegewissenschaftler und die Care-Berufe schon immer behauptet haben, offensichtlich: Wir sind systemrelevant. Das hätte es ohne Corona nicht gegeben.

Es gibt nicht nur Kindeswohlgefährdung, es gibt auch Altenwohlgefährdung – und zwar in stationären Pflegeeinrichtungen – das wussten wir seit 20 Jahren. Durch Corona haben wir unter dem Brennglas gesehen, dass Altenwohlgefährdung genau so betrachtet, behandelt und besprochen werden muss wie Kindeswohlgefährdung.

Und wir haben gesehen, dass Digitalisierung nicht irgendeine soziale Innovation ist, die junge, internetaffine Leute umtreibt, sondern dass die Digitalisierung für die Altenhilfe, für die Pflege und für die Kommunikation zwischen den Generationen hochrelevant ist. Corona ist zwar der Ausnahmezustand, er wirft aber ein schrilles Licht darauf, was wir unter Normalität verstehen und was wir zukünftig nicht mehr unter Normalität verstehen dürfen.

Das wäre aus meiner Sicht eine Aufgabe für Altenparlamente – im Übrigen auch für Kinder- und Jugendparlamente, die sich beraten: Wie können wir bei diesen Normalitätsunterstellungen, denen wir bislang gefolgt sind, verhindern, dass wir danach so tun, als sei nichts gewesen? Wir dürfen bei allen Gefahren und bei allen Exklusionen, die möglich sind, nicht vergessen, was wir gesehen haben: die Systemrelevanz, die Altenwohlgefährdung und die Lösungen und Potenziale, die Digitali-

sierung mit sich bringt. Es wäre mir wichtig, dass diese drei Stränge im Bewusstsein sind und dass wir sie auch in den politischen Raum tragen.

Ich habe Ihnen hier ein paar dieser Themenblöcke mitgebracht, die ohne ein Verständnis von Generationenbeziehungen gar nicht denkbar sind. Ich hatte das eingangs schon erwähnt: Das ist zum einen der Klimawandel.

Wenn wir über den Klimawandel sprechen, geht es immer um die Interessen der Kinder und Jugendlichen, weil es eine Langzeitperspektive ist. Fridays for Future ist als eine Bewegung von Jugendlichen – von Schülerinnen und Schülern – gestartet. Es hat sich aber sehr schnell herausgestellt, dass es ohne Bündnispartnerinnen und Bündnispartner aus der Wissenschaft und auch aus der älteren Generation nicht gehen wird. Der Klimawandel ist eben ein generationenübergreifendes Projekt, das zwar in der Langfristigkeit die Jugendlichen stärker betrifft, wobei die Lösung aber in der Kurzfristigkeit liegt und die älteren Menschen eben mitmachen müssen.

Das Gleiche gilt für die Demografie, also für die Alterung der Gesellschaft. Auch da gilt, wenn es um Lebensstandard und Lebensstandardsicherung geht: Das lässt sich ohne die nachrückende Generation nicht lösen. Da ist also die Kausalwirkung genau umgekehrt. Da liegen die kurzfristigen Wünsche bei den Älteren und die langfristigen Optionen bei den Jugendlichen.

Klimawandel und Demografie lassen sich also gerade gegenläufig als Probleme verstehen, die sich nur bearbeiten lassen, wenn sie generationenübergreifend und im Konsens der Generationen gelöst werden. Alterssicherung, Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus – das sind alles Themen, in denen ältere Generationen und jüngere Generationen zusammenarbeiten müssen.

Das habe ich gesagt, damit Sie sehen, dass die Pandemie ein grelles Licht auf die Generationenverhältnisse wirft. Wir sehen aber, dass das für alle anderen Politikfelder und Themenkomplexe ebenfalls gilt. Es geht niemals ohne die Betrachtung der Verhältnisse zwischen den Generationen.

Dazu gehören die „Generationenverhältnisse als intergenerationelle Differenzkategorie“. Das heißt, es gibt Unterschiede zwischen den Generationen. Und diese unterschiedlichen Verhältnisse lassen sich positiv, negativ oder neutral beschreiben.

Wenn es spannungsreich ist, nennt man das Generationenkonflikt. Im Klimawandel liegt der Generationenkonflikt darin, dass der „return of investment“ von ökologischen Investitionen nur langfristig ausbezahlt wird und dass die Interessen eben unterschiedlich sind. Warum sollen Sie, wenn Sie sagen: „Ich habe eine kürzere Lebenserwartung als die Jüngeren“, auf einen Effekt warten, der Sie zu Lebzeiten vielleicht gar nicht erreicht? Sie werden eventuell sagen: „Das Geld ist in andere Dinge besser investiert“. Das ist der strukturelle, kein individueller Konflikt, der da versteckt ist.

Dann gibt es die positive Variante, nämlich den Generationendialog. Man könnte im Konsens oder im Miteinander versuchen, Lösungen für die genannten Probleme zu finden.

Und es gibt die Generationenambivalenz – das ist das vorherrschende Modell: Es kümmert sich keiner drum. Die Generationenfrage wird daher gar nicht erst mitverhandelt. Es ist so etwas wie eine freundschaftliche Indifferenz zwischen den Generationen, und die zugrundeliegenden Konflikte werden weder ausgetragen noch thematisiert, bleiben aber nichtsdestotrotz vorhanden.

Die Demografie ist auf unserer Seite – auf Ihrer Seite. Ich zähle mich mittlerweile zu den Senioren. Die Gerontologen sagen, dass man ab 50 zu den Senioren gehört. Ich wurde diesen Sommer 50, also rede ich hier jetzt auch in eigener Sache. Die Demografie ist auf unserer Seite, weil politisch betrachtet die meisten Wählerinnen und Wähler eben im höheren Alter sind und die Interessen der älteren Generationen in Parlamenten gegenüber den Stimmen der jüngeren Generationen strukturell bevorzugt werden.

Das liegt daran, dass die Geburtenrate und die Mortalitätsrate seit Jahren sinken, und die Migrationsrate stabil bis leicht steigend ist, sodass wir im Durchschnitt eine immer älter werdende Bevölkerung haben, was sich auch in der Wähler-Struktur und in der Wähler-Zusammensetzung widerspiegelt. Die Pyramide dreht sich um.

Im Jahr 2050 gibt es 36,7%, die älter als 60 sind und nur noch 16,1% der Bevölkerung, die unter 20 sind, sodass allein in den Proportionen der Bevölkerungszusammensetzung ältere Menschen mit ihren Themen die Agenda zumindest theoretisch bestimmen könnten. Also: Die politische Tagesordnung müsste, ebenfalls theoretisch, durch die Themen der älteren Bevölkerung gesetzt sein.

Was sind die Konsequenzen der demografischen Entwicklung? Der Altersquotient steigt, das heißt, es gibt immer mehr Rentnerinnen und Rentner in Bezug auf Menschen im erwerbsfähigen Alter. Wir haben also einen steigenden Altersquotienten. Und das führt zu einer problematischen Finanzierung im Umlageverfahren, wenn Sie an Krankenversicherung, Rentenversicherung und Pflegeversicherung denken. Das umlagefinanzierte Sozialversicherungsverfahren setzt auf ein ausgeglichenes Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern.

Durch den steigenden Altersquotienten ist die nachhaltige Finanzierung nicht gegeben, vor allem dann nicht, wenn es prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gibt. Da es diese in zunehmenden Maße – auch in Schleswig-Holstein – gibt, wird die relative Altersarmut steigen. Das liegt am steigenden Altersquotienten und an der gleichzeitigen Prekarisierung des Arbeitsmarktes. Da kommen also zwei Effekte zusammen. Es fehlt sowohl an Arbeitsmarkt-Festigkeit als auch an einer Demografie-Festigkeit des Umlageverfahrens.

Frauen sind besonders von dieser Entwicklung betroffen, da sie eben häufig in diesen prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind oder sogar nicht erwerbstätig sind, weil sie Care-Aufgaben in der Familie übernehmen. Hierdurch steigt die Altersarmut nicht nur absolut, sondern vor allem absolut bei Frauen. Ich würde Ihnen in der Arbeitsgruppe, in der Sie über Lebensstandard sprechen, empfehlen, durchaus einen geschlechtsspezifischen Blick auf die Dinge zu werfen.

Jetzt könnte man, wenn man Optimist ist, sagen: Okay, das lässt sich durch Generationenambivalenz oder -indifferenz aushalten. Man kann aber auch die Vermutung anstellen, dass es auf lange Sicht einen Generationenkonflikt heraufbeschwören wird, wenn dieses strukturelle Problem der Unterfinanzierung der umlagefinanzierten Sozialversicherung nicht gelöst wird. Weil dann dieser Altersquotient, wenn die Babyboomer auch in Schleswig-Holstein in größerer Anzahl aus dem Erwerbsleben aussteigen, noch einmal sprunghaft in die Höhe gehen wird. 1964 ist da das Stichwort. Viele Babyboomer haben noch fünf bis zehn Jahre, dann ist dieser Altersquotient tatsächlich auf dem Peak, und das wird Auswirkungen auf die Finanzierung der Pflege, der Rente und des Lebensstandards der alten Bevölkerung haben.

Und wer bezahlt das Ganze? Wer ist für Sozialhilfe im Alter zuständig? Das ist die Bundesgesetzgebung, wie ich Ihnen jetzt gerade mit dem Um-

lageverfahren gezeigt habe. Aber die Folgekosten – die Kompensationskosten – fallen auf der kommunalen Ebene an. Landkreise und kreisfreie Städte werden von diesen Problemen besonders betroffen sein. Nicht so Universitätsstädte wie Flensburg oder Kiel, weil dort der Altersquotient und damit der Arbeitsmarkt relativ ausgeglichen ist. Aber in ländlichen Räumen, wo es nicht viele Unternehmen oder Betriebe gibt, wird genau das zu einer Unterfinanzierung der Kommunen führen, die dann nicht in der Lage sind, die Kompensationskosten dieses gescheiterten Modells zu übernehmen.

Deswegen muss man immer auch die kommunale und regionale Ebene mit betrachten, weil die Probleme dort zwar nicht verursacht werden, aber die Problemlösungskompetenzen im subsidiären und föderalen System dort angesiedelt sind. Das ist auch eine Stärke dieses subsidiären und föderalen Systems. Es ist aber vor dem Hintergrund der Demografie ein Problem, weil diejenigen die Folgen, die sie nicht verursachen, beseitigen müssen.

Was würde ich, wenn ich mir was wünschen dürfte, auf die Agenda setzen? Welche Themen würde ich gerne behandeln, wenn ich Seniorenpolitik in Schleswig-Holstein betreiben würde?

Ich würde mich starkmachen für kultur- und differenzsensible Angebote. Damit ist gemeint, dass Seniorenpolitik und Altenhilfepolitik häufig aus einer deutschen und weißen Perspektive betrieben werden. Und wenn ich – ohne irgendjemandem zu nahe zu treten – mich im Plenum umschaue, dann würde ich es auch so sehen, dass Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen aus anderen kulturellen Kontexten, Menschen, die offensichtlich sichtbar anders sind, eben nicht angemessen repräsentiert sind. Und das findet sich dann auch in der Altenhilfepolitik wieder. Das ist wenig kultur- und differenzsensibel. Die Gesellschaft ist bunter, als es uns das Altenparlament und auch die Altenhilfepolitik häufig suggeriert und nahelegt.

Ich würde mich starkmachen für alternative Wohnformen und alternative Sozialräume, also Stichwort „Barrierefreiheit“, „genossenschaftliches Wohnen“, „intergenerationelles Wohnen“. Einige Ihrer Anträge zeigen ja auch in diese Richtung. Darüber freue ich mich sehr. Also: Diese Alterssegmentierung und die Trennung nach Alter, ebenso wie die Trennung nach Geschlecht oder die Trennung nach Herkunft – Stadtteile, in denen Menschen mit Migrationshintergrund wohnen – führen ja zu nichts. Und drum wünsche ich mir eigentlich genossenschaftliche und intergenerationelle, interkulturelle Sozialräume, die dann auch konzipiert, gestaltet, begleitet, moderiert werden müssen.

Ich wünsche mir die Erschließung vernachlässigter Themen durch die Altenhilfe. Da meine ich jetzt nicht Sie als Altenparlament, aber die Trägerinnen und Träger der Altenhilfepolitik, zum Beispiel „HIV und Aids im Alter“. Es ist keine tödliche Krankheit mehr, sondern eine chronische Krankheit. Häufig geht das an der Pflege und an der Altenhilfe vorbei. Niemand ist zuständig.

Alter und Behinderung. Menschen mit geistiger, körperlicher oder komplexer Behinderung werden heutzutage sehr alt – ein medizinischer Fortschritt, der nicht hoch genug gewürdigt werden kann. Er stellt aber die Altenhilfe und die Seniorenpolitik auch vor neue Herausforderungen, nämlich auch an diese Menschen zu denken. Auch das würde unter Kultur- und Differenzsensibilität gefasst werden können.

Unter Corona ist noch einmal die Notwendigkeit einer stärkeren Förderung von Prävention und Gesundheitsförderung im Alter ganz deutlich geworden. Ich war heute eine Stunde zu früh hier und konnte an der Kiellinie auf- und abgehen: Es waren junge Joggerinnen und Jogger, also hauptsächlich junge Leute, die Sport betrieben haben, zu sehen. Vielleicht schlafen die Älteren länger, und machen das erst ab 10 Uhr, aber frühmorgens waren es hauptsächlich die jungen Leute, die ich dort ge-

sehen habe. Und manchmal liegt es auch einfach schlicht und ergreifend daran, dass es nicht die Räume und die Orte gibt, wo Seniorensport, Seniorenbewegung und so weiter angeboten werden oder wo es ermöglicht wird, dass Ältere sich treffen, um gemeinsam Sport zu machen.

Die Entwicklung intergenerationeller Projekte und Initiativen. Auch da habe ich mich gefreut, dass viele Ihrer Anträge genau darauf abzielen.

Dann die Ermöglichung von altersgerechten Lern- und Bildungsräumen: Bislang wird das der Volkshochschule überlassen. Nichts gegen die Volkshochschulen – das sind Orte, wo Menschen, die älter sind, ihre Angebote finden. Aber es gäbe auch noch andere coole Formen, wie man Bildung und Kultur im Alter vermitteln könnte. Man könnte das mit Geselligkeitsangeboten, mit kommunikativen Angeboten und auch mit digitalen Angeboten verknüpfen, sodass man dann sogar noch digitale Kompetenz im Alter erwerben könnte, und gleichzeitig Geselligkeits- und Kulturerfahrungen machen könnte.

Unterstützung von Selbsthilfeengagement und Integration: Das ist ja Ihre Arbeitsgruppe 1, Sie nannten das „Alltagsintegration“. Ich finde den Integrationsbegriff – aber das ist eine subjektive Sache – nicht so schön. Integration heißt für mich immer, dass ich mich verändern muss, damit ich irgendwo reinpasse. Mir gefällt da der Inklusionsbegriff besser: Die Strukturen müssen sich so verändern, dass ich so sein kann, wie ich bin. Das ist mir eigentlich lieber, und ich würde mir eigentlich Inklusionsangebote für ältere Menschen wünschen.

Wie muss eine Gesellschaft aussehen? Wie muss sie niedrigschwelliger werden oder Schwellen und Barrieren abbauen? Wie muss sie Zugänglichkeiten ermöglichen, damit ältere Menschen auch an Mainstreamangeboten einfach teilhaben können? Wie sieht eine inklusive Gesellschaft aus? Das gefällt mir besser als: Was muss ich tun, damit ich mich integ-

rieren kann? Es ist immer die Systemfrage. Integration sagt: Alles soll so bleiben, wie es ist, und ich muss mich verändern. Inklusion heißt: Alles muss sich verändern, damit wir unsere Potenziale und unser So-Sein einbringen können. Das finde ich eigentlich besser als Integration.

Entwicklung von altersgerechten Technologien und Techniken: Damit ist natürlich Digitalisierung gemeint, aber damit sind auch andere Assistenzsysteme in der Pflege, in der Wohnassistenz, in der Begleitung von Menschen mit Demenz gemeint. Wir müssen uns zukünftig stärker mit technischen Lösungen beschäftigen. Corona hat das gezeigt, Technikakzeptanzstudien zeigen das immer wieder: Ältere Menschen sind zunehmend technikaffiner als in früheren Generationen. Die Technik muss sich natürlich den Bedürfnissen der älteren Menschen anpassen, aber wir müssen dafür etwas tun: Wir müssen aktiv einfordern, dass Technik unseren Bedürfnissen entspricht.

Das wären die seniorenpolitischen Forderungen, die ich stellen würde. Und wenn ich mir Ihre Anträge so angucke, dann finde ich da ganz vieles schon abgedeckt.

Die Schweizer nennen das Generationen-Mainstreaming. Wir sprachen ja sehr früh von Gender-Mainstreaming: Bei allen Politikfeldern soll betrachtet werden, welche Auswirkungen sie auf das Geschlechterverhältnis haben. Das ist Gender-Mainstreaming. Und die Schweizer sprechen von Generationen-Mainstreaming. Auch da gilt wieder: Wir schauen uns alle Handlungsfelder an – die Gestaltung des öffentlichen Raums, die Rentenpolitik, die Mobilitätspolitik – und gucken welche Auswirkungen sie auf das Verhältnis der Generationen haben. Nicht nur auf die Geschlechter, sondern auch auf die Generationen.

Welche Generationen werden im Mobilitätskonzept der Stadt Kiel ausgeschlossen? Welche Generationen werden durch die Art und Weise,

wie Mobilität in Kiel organisiert ist, bevorzugt? Generationen-Mainstreaming in Analogie zu Gender-Mainstreaming könnte eine Brille sein, mit der ein Altenparlament sich solche Politikfelder anschaut: Entspricht das unserer Vorstellung von Generationengerechtigkeit? Das könnte also eine Möglichkeit sein, Generationen-Mainstreaming als Brille zur Beurteilung, zur Bewertung und zur Einschätzung von politischen Vorhaben zu nutzen und für Anträge wie Sie sie hier heute beraten.

Sie haben sich für den Begriff Alltagsintegration entschieden. Da könnte ein Generationen-Mainstreaming jetzt so aussehen: Werden Partizipation und Teilhabe nicht nur für die ältere Generation, sondern tatsächlich für alle Generationen sichergestellt? Das wäre Generationen-Mainstreaming. Ich bin ja Gerontologe – mein Herz schlägt für die Alten, nicht für die Jungen. Aber wenn wir das Generationenverhältnis ernst nehmen, dann müssen wir gucken, dass wir inklusive Strukturen schaffen, die Partizipation und Teilhabe für alle Generationen ermöglichen. Dann ist das Kriterium des Generationen-Mainstreamings erfüllt.

Bei der Digitalisierung würde es darum gehen, digitale Inklusion herzustellen. Es ist schon bei den Jugendlichen so, dass nicht alle Familien die materiellen, technischen Voraussetzungen – Laptop, Handy und was man fürs Homeschooling und fürs Homeoffice halt so braucht – haben und sie dadurch exkludiert sind. Volle Teilhabe wird nicht ermöglicht, weil die Infrastruktur fehlt. Das gilt natürlich auch für ältere Menschen. Da muss eine digitale Inklusion sichergestellt oder zumindest eine digitale Exklusion vermieden werden. Man müsste da genau hingucken: Wer kann an der digitalen Revolution teilnehmen und wer von den Älteren wird aus welchen Gründen ausgeschlossen?

Und natürlich digitale Kompetenzentwicklung: Das sind Bildungs- und Schulungsangebote, die im Übrigen intergenerationell sehr gut funktionieren. Das ist das Paradebeispiel: Junge Leute bringen älteren Menschen

den Umgang mit Internet, mit Smartphones, mit Tablets und so weiter bei, und gleichzeitig gibt es eine Gegenbewegung. Dafür helfen die Älteren bei Hausaufgaben und bei schulischen Fragen. Da ließe sich also auch über Intergenerationelles etwas machen. Aber Generation-Mainstreaming bedeutet: Sind die digitale Inklusion und die digitale Kompetenzentwicklung einseitig bei den Jugendlichen, oder schaffen wir es auch da, Inklusions- und Kompetenzentwicklungsangebote für alle Generationen und für alle Hintergründe zu schaffen?

Beim Lebensstandard geht es natürlich um den Lebensstandard im Alter – so habe ich das verstanden und auch in den Anträgen gelesen. Aber im Alter ist es doch zu spät. Es muss doch in frühen Jahren eine Alterssicherungspolitik erfolgen, die für die nächsten Generationen tragfähig ist. Es geht also um eine nachhaltige Entwicklung. Wer ein Leben lang prekär gearbeitet hat, der wird in Altersarmut leben. Drum muss man die prekären Arbeitsverhältnisse beseitigen, also bei den jüngeren Generationen ansetzen. Es gilt auch da: Man kommt zu spät, wenn man die Lebensstandardfrage – die Frage nach Lebensqualität im Alter – erst im Alter löst. Das ist eine Frage des Generation-Mainstreamings: Man muss bei den jungen Generationen anfangen, damit man im Alter nicht nur kompensiert, Ausgleichszahlungen macht und versucht, Altersarmut durch irgendwelche ehrenamtlichen Programme – Suppenküchen, Tafeln und so weiter – abzufedern oder aufzufangen.

Lebensqualität im Alter ist für mich also das Leitmotiv. Das steht für mich an erster Stelle: Altenwohlgefährdung verhindern, Lebensqualität im Alter sichern. Und das geht am besten durch Generation-Mainstreaming. Ich würde mich freuen, wenn sich das 32. Altenparlament genau das zum Ziel setzt, nämlich die Vielfalt an Einzelanträgen unter ein solches Leitmotiv zu stellen, und dem Ganzen dann eine Generationendialog-Überschrift zu geben. Also: Weg von diesem konflikthafte oder indifferenten Verhältnis der Generationen, hin zu einem positiven Verhältnis! Inter-

generationelles Denken und Handeln auch in der Seniorenpolitik und in der Altenhilfe!

Zum Schluss möchte ich einfach sagen: Danke, dass ich da sein durfte! Wenn Sie Fragen haben – oder auch Kritik oder andere Alternativen zu dem, was ich gesagt habe – freue ich mich darüber. Ich rede gerne mit Ihnen und streite mich auch gerne. Danke für die Einladung und fürs Zuhören!